

Dietmar Müller

Enteignung und Vertreibung. Social Engineering nach dem Zweiten Weltkrieg in Rumänien, Jugoslawien und Polen¹

Ich möchte meinen Vortrag mit einem Zitat des Generalsekretärs der Polnischen Kommunistischen Partei Władysław Gomułka vom 20./21. Mai 1945 einleiten:

„Einer der Gründe für den Rückhalt der Regierung in der Gesellschaft ist die Frage der Westgebiete. Diese neutralisiert und verbindet verschiedene Elemente. Die Erweiterung des Gebiets nach Westen und die Landreform vereinen die Nation mit dem System. [...] Im Zusammenhang damit steht das Problem der Rückkehr der Deutschen, die vor der Roten Armee geflohen sind. Wir müssen sie hinauswerfen, weil alle Länder nach dem nationalen und nicht nach dem Nationalitätenprinzip aufgebaut werden.“²

In dieser Aussage finden sich wie unter einem Brennglas all jene Themen versammelt, die ich heute behandeln möchte: Vertreibung und Enteignung, die Rote Armee und der sowjetische Einfluss, sowie die Etablierung der Kommunistischen Parteien im entstehenden Ein-Parteien-System. Meine These lautet, dass insbesondere in Regionen mit einem nennenswerten deutschen Bevölkerungsanteil Bodenreformen das Kernelement eines groß angelegten, ökonomischen und politischen Social Engineering waren. Regionen wie die Westgebiete Polens, die Vojvodina in Jugoslawien und Siebenbürgen in Rumänien waren für die jeweiligen Kommunistischen Parteien von entscheidender Bedeutung – sowohl, um politisch in der Bauernschaft Fuß zu fassen, als auch, um Vorzeigeprojekte für die anvisierte Transformation der Agrarwirtschaft weg von kleinen und verstreuten Privatparzellen und hin zu einer großflächigen, kollektivierten sozialistischen Landwirtschaft zu entwerfen.

In der Zwischenkriegszeit waren alle drei in Frage stehenden Kommunistischen Parteien schwach und nahezu unbedeutend. Wegen ihrer der Komintern folgenden Linie in Fragen wie der politischen Autonomie für bestimmte Regionen wie die polnischen Kresy oder das rumänische Bessarabien, oder der Kollektivierung der Landwirtschaft wurden sie von den staatlichen Behörden verboten und waren besonders in der Bauernschaft unbeliebt. Während des Zweiten Weltkriegs begann sich dies zumindest in Jugoslawien zu ändern: die dortigen Partisanen überlebten vor allem dank der sie mit Lebensmitteln und Zufluchtsmöglichkeiten versorgenden Bauern, die sich zudem in großer Zahl den Partisaneneinheiten anschlossen.

¹ Vortrag auf der Tagung „Vertreibungen im kommunistischen Herrschaftsgebiet – Unterschiede und Ähnlichkeiten“, durchgeführt vom thüringischen Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Point Alpha Stiftung am 6.-7. April 2017 auf Schloss Geisa. Die Vortragsform ist weitgehend beibehalten worden.

² Władysław Gomułka, zitiert nach Andreas R. Hofmann: Nachkriegszeit in Schlesien. Gesellschafts- und Bevölkerungspolitik in den polnischen Siedlungsgebieten, Köln / Weimar / Wien 2000, S. 63.

In Polen jedoch betrachtete die Mehrheit der Bevölkerung die Exilregierung, deren Heimatarmee und die Delegatura als politisch-administrative Vertretung der Exilregierung vor Ort als die einzig legitimen Repräsentanten der Nation; und Rumänien schließlich kämpfte bis Mitte 1944 an Hitlers Seite in der Sowjetunion, während es im Land selbst keinerlei kommunistische Partisanenaktivitäten gab. Aufgrund dieser Konstellationen sind die Rote Armee bzw. die Sowjetunion als Einflussfaktoren von besonderem Interesse. Jugoslawien war das einzige der drei hier behandelten Länder, das für sich in Anspruch nehmen konnte, sich ohne oder mit nur wenig Unterstützung durch Moskau von der Wehrmacht befreit zu haben. In Polen und Rumänien war die Befreiung von Nazi-Deutschland zu sehr großen Teilen ein Akt der Roten Armee, deren Truppen anschließend für Jahre im Land blieben, während sie jugoslawisches Territorium bereits 1945 wieder verließen. Die sowjetische Unterstützung war maßgeblich daran beteiligt, dass polnische und rumänische Kommunisten die Führungspositionen in ihren Ländern übernahmen, aus denen heraus sie dann begannen, das politische, ökonomische und kulturelle System zu transformieren.

Eines der wichtigsten Projekte zwischen 1945 und 1948 war in allen drei Ländern die Bodenreform. Während des Zweiten Weltkrieges und unmittelbar danach hatten die Kommunisten überall in Ostmittel- und Südosteuropa die Notwendigkeit einer Bodenreform proklamiert – und versprochen, dass das Land von Großgrundbesitzern, Kollaborateuren und Volksfeinden als Privatbesitz an Kleinbauern, Landlose und Landarbeiter vergeben werden würde. Diese Linie wurde von Moskau und dem neugegründeten Kominform als adäquate Politik in Ländern mit starken antikommunistischen Tendenzen und einer zahlreichen Kleinbauernschaft unterstützt. Zumindest vorläufig. Doch eine Bodenreform, die dem kleinbäuerlichen Credo „das Land denen, die es bestellen“ folgte, brachte einige Probleme mit sich.

Zum ersten gab es nicht genug Land zu verteilen. Die Bodenreformen der Zwischenkriegszeit hatten den Landanteil der Großgrundbesitzer bereits erheblich reduziert und die Anzahl kleinbäuerlicher Einheiten erhöht. Selbst wenn man sämtliche Agrarflächen von mehr als 50 ha verteilen würde, würden längst nicht alle, die es benötigten, auch Land erhalten. Zum zweiten würde eine Bodenreform in Gestalt einer Landverteilung Eigentums- und Produktionsverhältnisse schaffen, die zentralen kommunistischen Glaubenssätzen entgegenstünden – nämlich eine breite kleinbäuerliche Schicht mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von kaum mehr als 5 ha, eine Subsistenzwirtschaft ohne die Fähigkeit, für den Markt zu produzieren. Das kommunistische Dogma betrachtete eine solche Struktur als ökonomisch nicht nachhaltig und politisch gefährlich, schließlich hatte bereits Lenin postuliert, dass kleinbäuerliche Haushalte mit privatem Landbesitz permanent, Tag für Tag, spontan und massenhaft Kapitalismus und bourgeoise Elemente hervorbringen würden.

In den Westgebieten Polens, in Siebenbürgen und in der Vojvodina mit ihren großen deutschen Bevölkerungsanteilen glaubte man einen Ausweg aus dieser Zwickmühle gefunden zu haben. Der Zweite Weltkrieg, genauer gesagt die brutale Nazi-Okkupation, die Massenmorde und Grausamkeiten in Polen und Jugoslawien, und die Beteiligung mancher einheimischer Deutscher an diesen Taten lieferten eine Art günstiger moralischer Gelegenheit für ein radikales Vorgehen gegen die verbliebenen Deutschen. In allen drei Ländern nahm man deren Besitz als zu verteilende Ressource in den Bodenreformen in den Blick: 30-60% des an die Kleinbauern verteilten Landes war Land von Deutschen, ein anderer, großer Anteil ging direkt in Staatseigentum über.

Was aber sollte mit den Deutschen selbst geschehen, wenn man ihnen ihr Land wegnahm? An dieser Stelle ist es mir wichtig zu betonen, dass ich nicht darauf abziele, die Geschichte komplett neu zu schreiben, wenn ich über die Kausalzusammenhänge zwischen Enteignung und Vertreibung nachdenke. Es ist nicht meine Absicht, die Verantwortung allein den Kommunisten zuzuschreiben. Aus der Geschichtsschreibung über Polen und die Tschechoslowakei wissen wir, dass die jeweiligen Exilregierungen als Erste beschlossen und ihre westlichen Alliierten überzeugten, dass ein Zusammenleben mit den Deutschen in einem Land nach dem Krieg unmöglich sei, dass die Deutschen vertrieben werden müssten. Ihre Pläne für eine Nachkriegs-Bodenreform waren dagegen eher zurückhaltend. Auf internationaler Ebene war Polen das einzige unter den drei hier behandelten Ländern, das auf der Potsdamer Konferenz ein Mandat für die Vertreibung seiner deutschen Bürger erhielt, während Jugoslawien mit demselben Anliegen scheiterte. In Rumänien gab es ebenfalls Stimmen, die die Deutschen loswerden wollten, doch dies blieb folgenlos. Am Ende wurde in allen drei Staaten das Land der Deutschen vollständig und kompensationslos enteignet, aber nur in Polen ging die Enteignung mit einer umfassenden und mehr oder minder unmittelbaren Vertreibung einher. In Jugoslawien machte man durch Enteignungen, Zwangsarbeit, Lagerinternierung etc. das Leben für die Deutschen so unerträglich, dass die meisten von ihnen nach ihrer Entlassung nach Österreich oder Deutschland emigrierten. Rumänien war bis 1989 das einzige Land mit einem nennenswerten deutschen Bevölkerungsanteil, da man die Deutschen nicht vertrieb, sondern ab den frühen 1950er Jahren in die Industriearbeiterschaft und die kollektivierte Landwirtschaft integrierte.

Bei allen Unterschieden zwischen den drei Ländern hatten sie doch eine Gemeinsamkeit, wo es um die Verknüpfung von Bodenreform und Minderheitenpolitik (insbesondere gegenüber den Deutschen) ging: ihre kommunistischen Parteien machten sich zwischen 1945 und 1948, einer in der traditionellen Historiographie als stalinistisch beschriebenen Phase, alle einen ausgeprägten Nationalismus zunutze. Das dafür vorgebrachte historische Argument war in allen drei Ländern ähnlich: Die kommunistischen Führungen der Volksrepubliken machten nunmehr die durch den deutschen „Drang nach Osten“ und die eigenen, davon profitierenden

landbesitzenden und bourgeoisen Eliten verursachte Ungerechtigkeit rückgängig. Die traditionellen Eliten hätten sich mit ihren Bodenreformen der Zwischenkriegszeit als unfähig erwiesen, die Deutschen zu verdrängen, aber nun sei die Zeit für eine nationale und ökonomische Revolution gekommen. Sollte einem dies aus der Rhetorik und dem politischen Programm der polnischen Nationaldemokraten und ihres Führers Roman Dmowski, oder mancher jugoslawischer oder rumänischer Nationalisten vertraut vorkommen, so ist das kein Zufall. In allen drei Ländern gab es in den Anfangsjahren der Volksrepubliken eine bemerkenswerte Kontinuität in den Karrieren nationalistischer Funktionsträger der Vorkriegszeit – auf allen Ebenen vom Minister über Wissenschaftler bis hin zu den niederen Verwaltungsrängen.

In Rumänien blieb zum Beispiel der Direktor des Demographischen Instituts, Sabin Manuilă, von den 1930er bis in die späten 1940er Jahre im Amt, wo er die verschiedenen Regierungen in der Frage notwendiger, umfassender Bevölkerungsaustausche mit Ungarn, Bulgarien und anderen Ländern beriet. In Jugoslawien waren zwei wohlbekannte Nationalisten aus der Zwischenkriegszeit Minister in Titos erster Regierung: Vasa Čubrilović als Landwirtschaftsminister und Sreten Vukosavljević als Minister für Agrarreform und Siedlungsfragen. Ebenso wie Manuilă in Rumänien setzte sich auch Čubrilović dafür ein, die durch die Kriege geschaffene Gelegenheit zu nutzen, um entweder Bevölkerungsgruppen auszutauschen oder unerwünschte Minderheiten zu vertreiben. Vukosavljević – hauptsächlich zuständig für Siedlungsfragen in der Vojvodina – verfolgte eine Bevölkerungspolitik, die darauf abzielte, die Vojvodina zu serbisieren und eine von ihm idealisierte serbische Bauerngemeinschaft zu rekonstituieren. Auch in Polen gab es eine beträchtliche Elitenkontinuität: Nach der Auflösung der Delegatura Anfang 1945 wurden insbesondere ihre Spezialisten in Agrar- und Siedlungsfragen in die Ränge des Ministeriums für die Wiedergewonnenen Gebiete unter Gomułka integriert. Die bekanntesten Spezialisten auf diesem Gebiet waren Rajmund Buławski und Zygmunt Wojciechowski, die vor, während und nach dem Krieg über agrarische Überbevölkerung und Ethnodemographie forschten. In ihren politischen Empfehlungen kombinierten sie diese beiden Themenstränge und optierten für eine ethnische Säuberung polnischer Territorien insbesondere von den Deutschen, da dies auf einen Schlag die Lösung gleich mehrerer struktureller Probleme ermögliche:

Erstens würde die Vertreibung der Deutschen und Ansiedlung von Polen die Wiedergewonnenen Gebiete ein für alle Mal polonisieren. Zweitens würde die Umsiedlung von Polen aus den östlichen, südlichen und westlichen Gebieten des Landes in den Westen die agrarische Überbevölkerung in deren Herkunftsregionen reduzieren und dort eine „gesündere“ Besitzstruktur schaffen. Drittens würden die Neusiedler im Westen von einem patriotischen Geist beseelt, und man würde sie mit genügend Land ausstatten, um effiziente bäuerliche Haushalte zu schaffen. Und schließlich ergänzten die kommunistischen Herren der Lage –

zunächst bloß unterschwellig, aber dann auch offen: privater Landbesitz speziell in den Wiedergewonnenen Gebieten sei bloß temporär, da die Siedler bald erkennen würden, dass eine effiziente Landwirtschaft einzig in kollektiver oder staatlicher Verantwortung möglich sei. Polen war natürlich ein spezieller Fall, da sich kein anderes Land (mit Ausnahme vielleicht der Tschechoslowakei) mit territorialen und Bevölkerungsverschiebungen solch großen Ausmaßes konfrontiert sah. Ein Vergleich hilft jedoch zu erkennen, dass manche Besonderheit womöglich gar nicht so besonders war. Zu allererst einmal funktionierte nichts so, wie es geplant war. Die jugoslawischen Bauernpartisanen, denen man zur Belohnung Land in der Vojvodina zuerkannte, reagierten ebenso störrisch wie ihre Väter dreißig Jahre zuvor bei der Bodenreform von 1918: Sie akzeptierten das Land und die Subventionen, aber weigerten sich anschließend, ihre Produkte zu den vom Staat festgesetzten niedrigen Preisen zu verkaufen, um ihre Brüder, das städtische Proletariat zu ernähren. Auch weigerten sich die meisten Bauern, den Kollektivbetrieben beizutreten und ihre gerade erst erworbenen Landbesitzrechte wieder aufzugeben. Dieselbe Dynamik ließ sich in den polnischen Westgebieten beobachten, mit dem zusätzlichen Problem, dass die Polen, die von den sowjetischen Behörden und der lokalen ukrainischen Bevölkerung aus den Kresy, den einstigen polnischen Ostgebieten, vertrieben worden waren, besonders unwillig waren, sich den Kollektivwirtschaften anzuschließen, da sie dieses Vergnügen schon einmal nach dem August 1939 gehabt hatten. In allen drei Ländern verursachte die Enteignung der deutschen Bevölkerung, zusätzlich zu den Kriegszerstörungen schwere ökonomische Turbulenzen: Die gesamte Agrarproduktion und der Ertrag pro Hektar Anbaufläche blieben für mehrere Jahre deutlich unter dem Vorkriegsniveau. Aus ökonomischer Perspektive wäre es notwendig gewesen, massiv in den Agrarsektor zu investieren, doch die kommunistischen Parteien waren nicht gewillt, dieses Zugeständnis zu machen, da es ihrer Ideologie widersprochen hätte. Sie betrachteten das Land und die bäuerliche Ökonomie als per se rückständig, als primitive Quelle der Kapitalakkumulation.

So begannen die kommunistischen Behörden 1947/48 in allen drei Ländern – mit inzwischen etablierter Einparteienherrschaft oder auf dem besten Weg dorthin – mit der Kollektivierung der Landwirtschaft, die angesichts des Zögerns der Bauern, sich ihr freiwillig anzuschließen, eine Zwangskollektivierung war. Der Preis, den sie dafür zahlen mussten, war jedoch hoch, und die Währung war politisches Kapital. Die Kommunisten entschieden sich, zumindest teilweise ihre nationalistischen Referenzen und Verbündeten aufzugeben, um eine mehr klassenbasierte Politik zu verfolgen. Diese Wende ging mit einer Säuberung von Ministerien und anderen Institutionen von Vorkriegsnationalisten einher: Vukosavljević, Čubrilović, Manuilă und selbst Gomułka wurden – zumindest aus Regierungsposten – entlassen.

Um erfolgreich zu sein, war es absolut notwendig, dass die Kollektivwirtschaften sich das Land und die Fähigkeiten der traditionellen Bauernschaft – einschließlich jener, die man als Kulaken

brandmarkte – zunutze machten. Doch da die Kulaken es vorzogen, ihren Tierbestand zu töten und der Landwirtschaft ganz den Rücken zu kehren, und die national gesinnten Neusiedler den Kollektivbetrieben nicht freiwillig beitraten, spitzten sich die Probleme zu. Aber in keinem der drei Länder waren die Kommunisten gewillt, die Probleme auf sowjetische Art zu lösen – d.h. die Kulaken schlicht umzubringen oder zu deportieren. Jugoslawien war 1951 das erste kommunistische Land, das die Kollektivierung aufgab, und Polen folgte Mitte der 50er Jahre. Nur in Rumänien war man gewillt, ein beträchtliches Maß an Gewalt anzuwenden, um die Bauern in die Kooperativen zu locken oder zu zwingen, so dass man Mitte der 60er Jahre den höchsten Kollektivierungsgrad neben der Sowjetunion, der DDR und der Tschechoslowakei erreichen sollte.

Von den drei hier behandelten Ländern waren die Nachkriegseliten Jugoslawiens und Polens besonders stark in Nationalismus und ethnische Säuberungen involviert, aber sie waren nicht in der Lage (oder nicht willens), die Transformation des Agrarsektors hin zur Kollektivwirtschaft durchzusetzen. Die rumänischen Kommunisten dagegen waren bei der Vertreibung der Deutschen weniger entschlossen und weniger erfolgreich (hier nahm man die Ungarn als den hauptsächlichsten ethnischen Feind wahr), aber sehr effizient in der Transformation der Landwirtschaft, zumindest was die Besitzverhältnisse anging.

Ich möchte mit einigen zusammenfassenden Anmerkungen und mit einer Familiengeschichte aus Siebenbürgen schließen. Bei beiden geht es um unbeabsichtigte Folgen des Social Engineering: Als die polnischen, jugoslawischen und rumänischen Kommunisten unmittelbar nach dem Krieg den Nationalismus für sich entdeckten und eine bäuerliche Bodenreform ins Werk setzten, stand dies in offenem Widerspruch zu kommunistischen Kernprinzipien; denn in einer sozialistischen Nation sollten weder Ethnizität noch Privateigentum noch von Bedeutung sein oder überhaupt existieren. In Polen und Jugoslawien, so meine These, machte die nationalistische Agrarreform mit der Enteignung und Vertreibung der Deutschen es unbeabsichtigter Weise politisch unmöglich, die widerstrebenden Neusiedler in die Kooperativen zu zwingen. Gleichwohl befanden sich die meisten der nach der Aufgabe der Kollektivierung noch verbleibenden Kooperativen in den polnischen Westgebieten und in der Vojvodina. In Rumänien wurden die deutschen Bauern enteignet, aber sie waren, wie sich herausstellen sollte, nur die Ersten. Die rumänischen Bauern erhielten zunächst etwas Land und durften einige Jahre lang den Traum hegen, unabhängige Landwirte zu sein, bevor sie dann später doch in die Kollektivwirtschaften gezwungen wurden. Was geschah unterdessen mit den Deutschen, da sie ja nicht vertrieben worden waren? Die Söhne und einige Töchter der früheren Bauern – wie mein Vater und seine in den 1930ern geborene Generation – suchten sich, besonders in den Dörfern, die sich in Pendlerdistanz zu größeren Industriestandorten befanden, dort Ausbildung und Arbeit, in Industriebetrieben, deren Leitung und Arbeiterschaft ohnehin bereits von Deutschen und Ungarn dominiert wurden. Als dann

später die einstigen rumänischen Bauern versuchten dasselbe zu tun und der Trostlosigkeit und Ineffizienz der Kollektivwirtschaften zu entfliehen, erkannten sie, dass die besten Arbeitsplätze wiederum von den Minderheiten besetzt worden waren. Unter anderem diese Situation löste in den 1960er bis 1980er Jahren mehrere neue Runden einer positiven, ethno-kommunistischen Diskriminierung zugunsten der rumänischen Titularnation aus. Am Ende erwies sich die sozialistische Nation als weder ethnisch blind, noch als modernisierende Kraft, und war in ihrer angeblichen Funktion als Träger von Wohlfahrt und Wohlstand diskreditiert.